

1945

22. November 1978

Schriftliche Beantwortung (S-Geschäfte)

78.520. Interpellation Allgöwer vom 5. Oktober 1978.

Erklärungen von Delsberg

78.527. Interpellation Akeret vom 6. Oktober 1978.

Schutz des Südjuras

78.781. Einfache Anfrage Oehen vom 4. Oktober 1978.

Rassemblement jurassien. Kampfansagen

78.787. Einfache Anfrage Stähli vom 5. Oktober 1978.

Erklärungen von Delsberg

78.801. Einfache Anfrage Waldvogel vom 6. Oktober 1978.

Erklärungen von Delsberg

Justiz- und Polizeidepartement. Antrag vom 14. November 1978

Antragsgemäss hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

Die Antwort auf die randvermerkten Vorstösse wird genehmigt (siehe Beilage).

An den Nationalrat

Protokollauszug an:

- JPD 10 zur Kenntnis
- BK 5 (Hb, Br, Sa, Bi 2) zur Kenntnis
- EMD 1 (Dr. Kurz) " "

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Schwartz



NATIONALRATSchriftliche Beantwortung

- 78.520 Interpellation Allgöwer vom 5. Oktober 1978
Erklärungen von Delsberg
- 78.527 Interpellation Akeret vom 6. Oktober 1978
Schutz des Südjuras
- 78.781 Einfache Anfrage Oehen vom 4. Oktober 1978
Rassemblement jurassien. Kampfansagen
- 78.787 Einfache Anfrage Stähli vom 5. Oktober 1978
Erklärungen von Delsberg
- 78.801 Einfache Anfrage Waldvogel vom 6. Oktober 1978
Erklärungen von Delsberg
-

1. Vorstösse
=====

78.520 Interpellation Allgöwer

Anlässlich der Juradebatte im Nationalrat im März 1978 hat der Sprecher des Bundesrates erklärt:

"Die Rechtsverbindlichkeit der Entscheide kann nicht bestritten werden. Versuche, sie zu missachten oder zu missdeuten, werden mit aller Schärfe zurückgewiesen."

Auf Grund solcher und anderer Zusicherungen hat das Schweizervolk der Aufnahme des Jura zugestimmt, wobei allerdings mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten der Urne fernblieb. Mit dieser Entscheidung sollte angeblich die Ruhe im Jura wiederhergestellt und eine gedeihliche Entwicklung sichergestellt werden.

Acht Tage nach dem gesamtschweizerischen Ja erklärte der Generalsekretär der Jurassischen Sammlung vor einer ihm zujubelnden Volksmenge, die Zustimmung sei "überflüssig", ja "gefährlich" und stehe mit dem "Selbstbestimmungsrecht der Völker in Widerspruch"; ein Nein hätte das "Ausscheiden des Juras aus der Schweiz" zur Folge gehabt. Der Kampf gehe weiter, er trete in die zweite Phase, wobei der neue Kanton wirksam helfen könne!

Diese Kraftmeierei steht im Widerspruch zu den Versicherungen des Bundesrates und der Jura-Befürworter. Deshalb stelle ich folgende Fragen:

22.11.1978

- 2 -

1. Wie stellt sich der Bundesrat zu den militanten Aeusserungen der offiziellen Sprecher am 31. Fest des jurassischen Volkes?
2. Was gedenkt der Bundesrat zu tun, um den Kanton Jura daran zu hindern, den "Wiedervereinigungskampf nach Süden" weiterzuführen?
3. Wie gedenkt der Bundesrat zusammen mit dem Kanton Bern die Bevölkerung im Südjura vor Kampffaktionen aus dem Norden zu schützen?

78. 527 Interpellation Akeret

Wortlaut

Die jüngsten Erklärungen des Chefs des "Rassemblement jurassien" und seiner Mitarbeiter am Fest des jurassischen Volkes haben das Schweizervolk und alle gutwilligen Kräfte, die sich für die Gründung des Kantons Jura eingesetzt haben, schwer schockiert.

Der Interpellant und die Mitunterzeichner fragen den Bundesrat an:

1. Ist der Bundesrat bereit, das "Rassemblement jurassien" als bestimmende politische Kraft im neuen Kanton Jura an die eidgenössische Friedenspflicht zu mahnen?
2. Wie beurteilt er die Aeusserungen Roland Béguelins bezüglich eines allfälligen Ausscheidens des Gebietes des Kantons Jura aus der Schweiz?
3. Betrachtet er die Erklärungen zur "Wiedervereinigung" nicht auch als Aufforderung zum Landfriedensbruch?
4. Wie gedenkt der Bundesrat den im Vorfeld der eidg. Volksabstimmung vom 24. September 1978 wiederholt geäusserten Willen, die demokratisch gefällten Entscheide des Südjuras über den Verbleib bei Bern seien unbedingt zu respektieren, durchzusetzen und den Südjura vor Pression und Unterminierung zu schützen?

Der Interpellant und die Mitunterzeichner erwarten eine unzweideutige Antwort des Bundesrates und eine scharfe Verurteilung der die eidgenössischen Staatsgrundlagen zerstörenden Erklärungen des "Rassemblement jurassien".

Mitunterzeichner: Albrecht, Ammann-Bern, Augsburg, Basler, Baumann, Bommer, Bretscher, Fischer-Weinfeld, Freiburghaus, Früh, Hofer, Hofmann, Hungerbühler, Kaufmann, Loetscher, Matossi, Nebiker, Oester, Rätz, Reichling, Roth, Rubi, Schalcher, Schnyder, Stähli, Teuscher, Vetsch, Zwiggart

- 3 -

Begründung

Der Führer des "Rassemblement jurassien", Roland Béguelin, bezeichnete am Fest des jurassischen Volkes vom 1. Oktober 1978 die eidgenössische Volksabstimmung vom 24. September 1978 über die Gründung des Kantons Jura laut Presseberichten (NZZ Nr. 268 vom 2.10.78) als "überflüssig, missbräuchlich und gefährlich". Der Jura hätte bei einem Nein nicht daran gehindert werden können, in der einen oder andern Form aus der Schweiz auszuschneiden. Die Jurassier hätten sich für den Fall eines Neins sowohl auf der Ebene des Verfassungsrates als auch in den militanten Kreisen sorgfältig vorbereitet. Der Kampf um die Wiedervereinigung mit dem Südjura werde weitergehen.

In ähnlich aggressivem Tone äusserten sich der Vizepräsident des "Rassemblement", Roger Schaffter, und der Generalsekretär der südjurassischen separatistischen "Unité jurassienne", Alain Charpiloz. Sie sprachen von einer "zweiten Etappe" im Jura-konflikt, dem Kampf um die Wiedervereinigung von Nord- und Süd-jura. Einzelheiten waren dazu jedoch (laut "Bund" vom 2.10.78, Nr. 230) nicht zu erfahren. Das "Rassemblement" könne seine Karten noch nicht aufdecken; es sei gegenwärtig damit beschäftigt, seine Methoden zu überprüfen und Aktionen vorzubereiten.

Von der riesigen Volksmenge liess die politische Führung des "Rassemblement" eine Resolution genehmigen, in der sie sich den Auftrag geben liess, einerseits bei der Schaffung des Kantons Jura jenen Geist zu bewahren, in dem dieser entstanden sei, und andererseits in einer zweiten Etappe die Wiedervereinigung aller sechs französischsprachigen jurassischen Bezirke anzustreben.

Der Interpellant ist der Auffassung, dass die Erklärungen der Führer des "Rassemblement jurassien" zu ihrem vollen Nennwert genommen werden müssen und nicht heruntergespielt werden dürfen. Sie wurden eine Woche nach der für den Jura sehr erfolgreichen Abstimmung über die Gründung eines eigenen Kantons vor einer Volksmenge von 70'000 Personen und der jurassischen Konstituante abgegeben und bedeuteten für alle jene, die für die Gründung des Kantons Jura Ja gestimmt haben, einen Schlag ins Gesicht, und für jene, die aktiv für den neuen Kanton eine Welle des Wohlwollens und der Toleranz ausgelöst hatten, eine Verhöhnung und für die eidgenössischen Institutionen, deren demokratischer Aufbau letzten Endes in der Volksabstimmung wurzelt, eine Absage, wie man sie seit der Gründung des Bundesstaates im Jahre 1848 noch nie erlebt hat. Neben den schwerwiegenden Äusserungen über ein allfälliges Ausscheiden des Gebietes des Kantons Jura aus der Schweiz und den Andeutungen, die Jurassier, sowohl die Konstituante wie auch die militanten Kreise, hätten sich auf ein Nein sorgfältig vorbereitet, ist insbesondere der kundgetane Wille, den Kampf um die Wiedervereinigung des Juras mit voller Kraft weiterzuführen, als eigentliche Kriegserklärung an den bern-treuen Jura aufzufassen. Wie dabei vorgegangen werden soll, wurde ebenfalls angedeutet: Wie Stein um Stein soll Gemeinde um Gemeinde

aus dem bernischen Staatsverband ausgebrochen werden, wobei die Stadt Moutier eine zentrale Rolle spielt.

Es ist dem Interpellanten unbegreiflich, dass der Bundesrat diese Erklärungen von Delsberg nicht unverzüglich zurückgewiesen und die Führer der dominierenden politischen Kraft im neuen Kanton an die eidgenössische Friedenspflicht gemahnt hat. Ein grosser Teil des Schweizervolkes hat, wie die Reaktionen der Bürger und der Oeffentlichkeit zeigen, von seinen Landesvätern eine solche Erklärung erwartet. Die Hoffnung, dass sich die Lage nach der eidgenössischen Volksabstimmung beruhigen werde, ist in der denkbar kürzesten Zeit zunichte gemacht worden und die Reaktionen im Südjura lassen erkennen, dass die Spannungen zwischen beiden Lagern sich wieder ins Unerträgliche steigern und in explosiven Aktionen ihren Ausdruck finden werden.

Nachdem sich der Bundesrat im Abstimmungskampf um den Kanton Jura politisch stark engagiert hat und grundlegende Maximen des eidgenössischen Zusammenlebens auf dem Spiele stehen, kann er sich nicht darauf berufen, es handle sich beim "Rassemblement" nicht um den geeigneten Gesprächspartner, sondern um einen blossen "Verein", dessen Aeusserungen unerheblich seien. Der Kampf um die "Wiedervereinigung" wird vom "Rassemblement", und nicht von der jurassischen Regierung geführt werden und der von unablässiger Zermürbungstaktik begleitete politische und psychische Druck auf den Südjura wird vom "Rassemblement" ausgeübt werden. In dieser gefährvollen Lage darf die berntreue Bevölkerung des Südjuras nicht moralischer und politischer Isolierung ausgeliefert, sondern muss in ihren Ueberzeugungen und demokratischen Entscheidungen geschützt werden.

Der Interpellant ist auch beunruhigt, und mit ihm wohl unzählige andere Mitbürger, über die antidemokratische, intolerante und letzten Endes unschweizerische Haltung, die in Aeusserungen der politischen Führer des "Rassemblement" in Erscheinung tritt, ebenso über die francophone Ausrichtung ("Der Jura ist französisch, bevor schweizerisch", "Der Jura hatte mit der Einverleibung in die Schweiz alles zu verlieren" usw.) massgebender Wortführer des Separatismus, die offenbar im Grunde genommen nicht die Trennung vom Kanton Bern, sondern von der Schweiz anstreben oder mit dem Gedanken der Gründung eines "Freistaates" im Herzen Mitteleuropas spielen.

Unser Volk erwartet, dass der Bundesrat seine politische Führungsrolle wahrnimmt, sich mit den desperaten und destruktiven Kräften im Jura auseinandersetzt, die positiven Kräfte im Jura fördert und das "Rassemblement" aufruft, seine Agitation im Südjura einzustellen.

78.781 Einfache Anfrage Oehen

Erwartungsgemäss haben die Führer der jurassischen Separatisten am vergangenen Wochenende den Kampf zur "Befreiung" des bernischen Jura eröffnet. Die dabei angewandte, drohende Sprache, aber auch die Verbreitung offensichtlicher Unwahrheiten und Geschichtsklitterungen lassen voraussehen, dass der Kampf mit den gleichen Mitteln geführt werden soll, wie von 1962 bis 1978, Mittel, die mit Demokratie wenig, mit Einschüchterung, Gewalt und Unterdrückung Andersdenkender sehr viel zu tun hatten. Die ängstlichen Reaktionen zahlreicher Bewohner des bernischen Jura sind deshalb allzu verständlich.

Ich stelle dem Bundesrat die folgenden Fragen:

1. Ist der Straftatbestand nach Artikel 258 des Schweizerischen Strafgesetzbuches durch die Herren Béguelin, Charpiloz und Schaffter erfüllt?
2. Sind die Kampfansagen gegen den Kanton Bern, unterstützt durch den zur Darstellung gebrachten Hass und die Polemik gegen den Kanton Bern, Straftatbestände gemäss Artikel 265 des StGB, und wie gedenkt der Bundesrat diese gegebenenfalls zu ahnden?
3. Ist die erneute Aufhetzung der jurassischen Bevölkerung anlässlich des sogenannten "5ème Fête de la libération" gegen unsere staatliche Ordnung nicht eine Gefährdung der verfassungsmässigen Ordnung gemäss Artikel 275 StGB?
Wie gedenkt der Bundesrat die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen?
4. Ist das RJ nicht gemäss Artikel 275ter als rechtswidrige Vereinigung einzustufen und deshalb zu verbieten? Dies umso mehr, als die Ideologie des RJ offensichtlich gegen die schweizerische Staatsidee gerichtet ist.

78.787 Einfache Anfrage Stähli

Während der Debatten der eidgenössischen Räte über die Gewährleistung der Verfassung der Republik und des Kantons Jura und die Aenderung der Artikel 1 und 80 der Bundesverfassung wurde dem Kanton Bern und der Bevölkerung des Berner Juras formell zugesichert, dass die Volksentscheide von 1974 und 1975 sowie die frei getroffene Wahl der Stimmbürger der Amtsbezirke Courtelary, Moutier und Neuenstadt respektiert werden sollen.

Aehnliche Zusicherungen haben die Vertreter der höchsten Landesbehörde und der wichtigsten Parteien der Schweiz in den vergangenen Monaten, namentlich während der Informationskampagne für die eidgenössische Volksabstimmung vom 24. September, überall und immer wieder abgegeben.

Wie es trotz der Zuversicht und des Vertrauens eines Teils des Schweizervolkes zu befürchten war, haben jedoch Verfassungsräte und andere Führer des Rassemblement jurassien am Fest des jurassischen Volkes vom 1. Oktober in Delsberg unannehmbare provozierende Erklärungen abgegeben, und zwar in Anwesenheit und unter dem Beifall einer Mehrheit der Verfassungsräte und zukünftigen verantwortlichen Politiker des neuen Kantons.

In Erwägung von Artikel 5 der Bundesverfassung, von Wortlaut und Geist des Dreiparteien-Abkommens vom September 1977, das von Vertretern des Bundesrates, des Berner Regierungsrates und des Büros des Verfassungsrates unterzeichnet ist, in Erwägung auch der feierlichen und verbindlichen Erklärungen, die sowohl der Vertreter des Bundesrates wie die Kommissionsberichterstatter und Fraktionssprecher vor den eidgenössischen Räten für die Zeit nach dem 24. September abgegeben haben, erlaube ich mir, die folgenden Fragen zu stellen:

1. Respektiert der Vizepräsident des Verfassungsrates und Generalsekretär des Rassemblement jurassien den Geist und die Verpflichtungen des Dreiparteien-Abkommens vom September 1977, wenn er von den "unter der Vormundschaft Berns verbliebenen Amtsbezirken" spricht, und wenn er erklärt, dass die Anwendung des von den Räten gewährleisteten Verfassungszusatzes "ein Hokuspokus" gewesen sei, welcher "der Vernunft und der Gerechtigkeit spottete", und dass "das Werk von neuem angepackt werden müsse, um für den Südjura Wahl- und Abstimmungsbedingungen zu schaffen, die weder ein Diktat Berns noch der deutschsprachigen Mehrheit der Schweiz seien"?
2. Steht der gleiche Mann nicht im Widerspruch zu den Verpflichtungen des erwähnten Abkommens und bilden seine Ausführungen nicht ein politisches Programm, das gegen Artikel 5 der Bundesverfassung verstösst, wenn er erklärt, für die Separatisten sei ein territorial beschränkter Kanton Jura bloss "eine erste Etappe auf ihr Ziel hin: die Befreiung der sechs französischsprachigen Amtsbezirke"?
3. Wenn dieser gleiche Generalsekretär des Rassemblement jurassien und Vizepräsident des Verfassungsrates eine Woche nach der "historischen Abstimmung" diese als seiner Meinung nach "überflüssig und dem Recht auf Selbstbestimmung widersprechend" darstellt, macht er sich dann nicht lustig über diejenigen, die für einen positiven Ausgang der Abstimmung vom 24. September gewonnen haben und den "Verfassungsräten und Verantwortlichen des neuen Kantons vertrauten"?
4. Die tendenziöse Auslegung der Volksabstimmung durch die Verfassungsräte; die Behauptung, der bernische Verfassungszusatz enthalte "Schwindeltricks"; die Versicherung des Präsidenten des Rassemblement jurassien, der Kampf für die Wiederherstellung der "Einheit" werde aufgenommen; die Ankündigung des Präsidenten der Unité jurassienne, eines Mitgliedvereins des Rassemblement, dass "die zweite Etappe für den Kanton Bern

- 7 -

ein Leidensweg sein werde, den abzukürzen oder zu verlängern nur an ihm liege" - sind all diese Aeusserungen mit "freund- eidgenössischem Geist" und mit den Erklärungen, die vor den Räten und während der Informationskampagne abgegeben wurden, zu vereinbaren? Und wenn sie es nicht sind, müssten sie nicht klar, bestimmt und endgültig verurteilt werden?

5. Das "politische Programm" für die "Wiedervereinigung", die Lügen, Beleidigungen und Drohungen, die von verschiedenen Rednern aus dem Süden und dem Norden an der Pressekonferenz und am Feste des jurassischen Volkes geäußert wurden, von Rednern, die alle leitende Mitglieder einer Organisation sind, die in Delsberg ihren Sitz hat, deren Vizezentralpräsident Präsident des Verfassungsrates ist und bestimmt Mitglied der ersten Regierung des neuen Kantons sein wird, und deren Generalsekretär Vizepräsident desselben Verfassungsrates ist - muss nicht all dies als klare Verletzung des Dreiparteienabkommens und als unannehmbare Einmischung betrachtet werden?
6. Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, um die Bevölkerung der Amtsbezirke Courtelary, Moutier und Neuenstadt zu beruhigen, den Frieden aufrecht zu erhalten und gegenüber allen klarzustellen, dass der Entscheid und der mehrfach und immer wieder gleich ausgedrückte Wille der Einwohner des Berner Juras jetzt und in Zukunft respektiert und gewährleistet werden?

78.801 Einfache Anfrage Waldvogel

Am "Fest des jurassischen Volkes" vom 30. September/1. Oktober 1978 wurden, eine Woche nach der eidgenössischen Abstimmung über die Bildung eines Kantons Jura, von Verantwortlichen des "Rassemblement jurassien", das sich "als tragende Kraft" auch des neuen Kantons versteht, mindestens anlässlich einer Pressekonferenz programmatische Absichten geäußert, die, würden sie im neuen Kanton angestrebt und zu realisieren versucht, eindeutig Bundesrecht verletzen und den Bund in seiner verfassungsmässigen Pflicht, den Kantonen ihr Gebiet zu gewährleisten, herausfordern würden. Die auch dem "Rassemblement" zustehende Freiheit der Meinungsäußerung und der politischen Betätigung wird nicht in Frage gestellt mit der Feststellung, dass diese Aeusserungen zu diesem Zeitpunkt in der schweizerischen Öffentlichkeit als Provokation nicht nur gegenüber dem Südjura und seiner Bevölkerung und gegenüber dem neu umgrenzten Kanton Bern, sondern auch gegenüber dem Bund empfunden wurden. In dieser besonderen politisch-psychologischen Situation wäre eine Art "Ordnungsruf" seitens des Bundes weithin verstanden und auch begrüßt worden. Ist er unterblieben zugunsten der "besonnenen Elemente" im Kanton Jura und jener Kräfte, die diesen jetzt erst einmal politisch und organisatorisch aufzubauen bereit und gewillt sind? Hätte ein solcher "Ordnungsruf" in der besonderen politischen Situation dieser Aufbauphase nicht gerade diesen Kräften als Rückenstärkung dienen können?

Oder bleibt er vorbehalten für den Fall, dass die am "Volksfest" zutage getretene Agitationsbereitschaft des "Rassemblement" diese Aufbauphase ungeschmälert "begleiten" und den Aufbau des neuen Kantons, jedenfalls aus dem Blickfeld der schweizerischen Öffentlichkeit, stören und beeinträchtigen würde?

2. Stellungnahme des Bundesrates

=====

Am 31. Fest des jurassischen Volkes gaben Führer separatistischer Organisationen Erklärungen ab, die nicht nur überall aufhorchen liessen, sondern im ganzen Land eine eigentliche Welle der Enttäuschung, ja Entrüstung auslösten. Der Schock war um so grösser, als am Wochenende zuvor Volk und Stände mit überwältigendem Mehr der Gründung des Kantons Jura zugestimmt und damit ein eindrückliches Bekenntnis zum schweizerischen Föderalismus abgelegt hatten. Die Erklärungen hatten unter anderem fünf parlamentarische Vorstösse zur Folge, nämlich Interpellationen der Herren Nationalräte Allgöwer und Akeret sowie Einfache Anfragen der Herren Nationalräte Oehen, Stähli und Waldvogel. Da sich die Vorstösse materiell mit dem gleichen Anliegen befassen, erscheint es als zweckmässig und richtig, sie nicht einzeln, sondern gemeinsam zu beantworten. Uebrigens hat der Präsident unserer Jura-Delegation zu jenen Erklärungen schon an einer Pressekonferenz im Anschluss an das Treffen vom 19. Oktober mit den Präsidenten der bernischen Jura-Delegation und des jurassischen Verfassungsrates unmissverständlich Stellung genommen und namentlich betont, dass der Bundesrat weder Zweideutigkeit noch Doppelzüngigkeit ertrage.

1. Mit Recht ist der eidgenössische Urnengang vom 24. September 1978 als Markstein in der 130jährigen Geschichte unseres Bundesstaates bezeichnet worden. Denn zum ersten Mal seit 1848 konnten Volk und Stände einen neuen Kanton, den Kanton Jura, willkommen heissen.

Mit der Zustimmung des eidgenössischen Souveräns zur Kantonsgründung ist ein Werk vollendet worden, das vom Kanton Bern 1970 mit Weitsicht und Grossmut begonnen wurde und an dem viele Jahre beste Kräfte mitgebaut haben, ohne sich durch Rückschläge und Enttäuschungen von ihrem Ziel, den jurassischen Landesteil zu befrieden, abbringen zu lassen. Die Befriedung des Juras war, wir möchten das besonders unterstreichen, von Anfang an das Ziel unserer Jurapolitik.

2. Das 1970 auf kantonalbernischer Ebene eingeleitete, in den Jahren 1974 und 1975 im Jura bezirks- und gemeindeweise fortgesetzte und im September 1978 auf eidgenössischer Ebene abgeschlossene Verfahren wickelte sich in allen seinen Phasen in voller Uebereinstimmung mit dem Bundesrecht und dem allgemeinen Völkerrecht ab. Der Bundesrat hatte schon mehrmals Gelegenheit, in den eidgenössischen Räten auf diese eindeutige Rechtslage aufmerksam zu machen. Wenn er es erneut tut, so nur deshalb, weil am letzten Fest des jurassischen Volkes das Verfahren der

Kantonswerdung wiederum in Frage gestellt wurde. Die dabei vorgetragenen, sattsam bekannten Thesen sind rechtlich unhaltbar, ja völlig abwegig. Das gilt selbstverständlich auch für die Andeutungen über die Gründung eines Freistaates. Der Bundesrat weiss, dass die in Frage stehenden Separatistenführer kaum von ihrem Rechtsirrtum abzubringen sind. Er ist aber überzeugt, dass das ständige Verbreiten derart unhaltbarer Thesen die anstehenden politischen Probleme nicht nur nicht löst, sondern noch verschärft. An einem solchen Ergebnis kann kein verantwortungsbewusster Staatsbürger ein Interesse haben.

3. Aehnlich verhält es sich mit der rechtlichen Bedeutung des Schlussaktes des Selbstbestimmungsverfahrens, nämlich des eidgenössischen Urnengangs vom 24. September 1978. Sowohl im Gewährleistungsverfahren wie im Verfahren der Bundesverfassungsrevision hat der Bundesrat nie Zweifel darüber offen gelassen, dass die Teilung oder Verbindung von Kantonen nicht Sache der Kantone allein sei. Betroffen sei der Bund als solcher, die Eidgenossenschaft als Ganzes. Das im bernischen Verfassungszusatz von 1970 grundlegende Trennungsverfahren werde daher zwingend in einen Entscheid von Volk und Ständen ausmünden. Und dieser Bundesakt sei für die Kantonsgründung keine blosser Formalität, sondern konstitutiv, entscheidend. Das bedeute, dass ohne das Ja von Volk und Ständen ein neuer Kanton überhaupt nicht entstehe.

Am 24. September haben Volk und Stände dieses zwingend notwendige Ja ausgesprochen, klar und deutlich. Wenn separatistische Führer die Bedeutung dieses Ja gleichwohl noch verharmlosen und verkennen, so mag man ihnen zur Not immer noch Rechtsirrtum zubilligen. Wenn sie das Ja aber missdeuten und umdeuten und daraus auch die Zustimmung zur Wiedervereinigung des Südjuras mit dem Nordjura ableiten, so tun sie es offensichtlich wider besseres Wissen. Das ist politisch verwerflich und unverantwortlich.

4. Mit der Annahme des bernischen Verfassungszusatzes von 1970 wurde ein demokratisches Verfahren eingeleitet, das nicht nur die Schaffung eines neuen Kantons vorsah, sondern in mehreren Urnengängen auch dessen Gebiet abgrenzte. Damit nahmen die bernischen und die jurassischen Stimmbürger auch die Möglichkeit einer Spaltung des Juras in Kauf. Diese Spaltung ist eingetreten: Drei Bezirke und acht Grenzgemeinden entschieden sich für einen eigenen Kanton, drei Bezirke und zwei Grenzgemeinden sprachen sich für ein Verbleiben bei Bern aus.

Weder die Separatisten noch die Antiseparatisten sind aus diesem Verfahren als Sieger hervorgegangen. Beide müssen sich mit Teilerfolgen begnügen. Sie müssen diese vom eidgenössischen Souverän sanktionierten Teilerfolge - und damit auch die neuen Kantons Grenzen - aber gleichwohl respektieren. Das gebieten ihnen die Spielregeln unserer Demokratie.

Die Achtung vor den demokratischen Entscheidungen schliesst die Versammlungsfreiheit und das Recht der freien Meinungs-

äusserung - beides ungeschriebene Grundrechte unserer Verfassung - selbstverständlich nicht aus. Die Verfassung garantiert den politischen Minderheiten im Jura, im Süden wie im Norden, die gleichen Freiheitsrechte wie den politischen Mehrheiten. Freiheit bedeutet aber nie Schrankenlosigkeit. Sie findet ihre Schranken vor allem an der Freiheit des andern. Wo die Schranken der Rechtsordnung missachtet werden, wo insbesondere versucht wird, politische Forderungen mit Gewalt und Gesinnungsterror durchzusetzen, da hat der Staat zum Rechten zu sehen. In unserer Demokratie stehen dem Bürger genügend legale Mittel zur Verfügung, seine Anliegen geltend zu machen. Gewalt, welcher Art sie auch sei, hat bei uns keinen Platz. Der Bundesrat würde, wie er schon wiederholt erklärt hat, nicht zögern, von seinen verfassungsmässigen Befugnissen Gebrauch zu machen, wenn sich dies als notwendig erweisen sollte.

5. Der Bundesrat muss auch bei dieser Gelegenheit daran erinnern, dass die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nach unserem Staatsrecht in erster Linie Sache der Kantone ist. Nur wenn ein Kanton dieser Aufgabe nicht mehr gewachsen ist, tritt der Bund in seine Verpflichtung ein: Der Bund hat dann die bedrohte öffentliche Ordnung im Kanton aufrechtzuerhalten oder die gestörte öffentliche Ordnung wiederherzustellen. Wir verweisen auf Artikel 16 der Bundesverfassung.

Was insbesondere die Abklärung und Beurteilung von Straffällen betrifft, sind die Kompetenzen zwischen dem Bund und den Kantonen geteilt. Soweit im Jura Delikte begangen wurden, sind die Bundesbehörden stets eingeschritten, wenn sie zuständig waren (etwa bei Sprengstoffdelikten). Zu den Delikten, die der kantonalen Strafgerichtsbarkeit unterliegen, hat sich der Bundesrat nicht zu äussern. Hier betrifft es namentlich die in der Einfachen Anfrage Oehen erwähnten Straftatbestände der Artikel 258, 265, 275 und 275ter des Strafgesetzbuches: Während bei Artikel 258 immer kantonale Gerichtsbarkeit gegeben ist, unterliegen die übrigen Straftatbestände nur dann der Bundesgerichtsbarkeit, wenn die strafbaren Handlungen gegen den Bund gerichtet sind.

6. Seit der Erwirkung des Ergebnisses der eidgenössischen Volksabstimmung vom 24. September 1978, also seit dem 25. Oktober 1978, ist der Jura ein Kanton im Sinne des Bundesrechts. Als solcher übt er seine hoheitlichen Befugnisse einstweilen allerdings nur beschränkt aus, so weit nämlich, als es nötig ist, eine funktionstüchtige staatliche Organisation bereitzustellen und sich ordnungsgemäss vom Kanton Bern zu lösen. Ist diese Etappe abgewickelt, so wird der Kanton Jura seine hoheitlichen Befugnisse als gleichberechtigter und mitverantwortlicher eidgenössischer Stand voll ausüben.

In der Uebergangszeit besorgen der Verfassungsrat und sein Büro als provisorisches Parlament bzw. als provisorische Regierung die Staatsgeschäfte. Sie werden abgelöst durch die ordentliche

Regierung und das ordentliche Parlament, sobald diese vom Volk gewählt sind und sich konstituiert haben. Der Bundesrat ist überzeugt, dass die staatlichen Organe des neuen Kantons alles tun werden, was die Spielregeln der Demokratie, das freundschaftliche Einvernehmen unter den Gliedstaaten, die Bundes-treue und die Wahrung des inneren Friedens von ihnen verlangen, und dass sie nichts versäumen werden, um das Vertrauen, das Volk und Stände dem neuen Kanton gegenüber in so reichem Mass bekundet haben, zu erhalten und zu festigen.

Discours prononcé par le Conseil du 4 octobre 1878
à l'occasion de l'adoption de la loi sur la lutte

Discours prononcé par le Conseil du 5 octobre 1878
à l'occasion de l'adoption de la loi sur la lutte

Discours prononcé par le Conseil du 6 octobre 1878
à l'occasion de l'adoption de la loi sur la lutte

Discours prononcé par le Conseil du 7 octobre 1878
à l'occasion de l'adoption de la loi sur la lutte

Discours prononcé par le Conseil du 8 octobre 1878
à l'occasion de l'adoption de la loi sur la lutte

Les débats au Conseil national sur la création d'un canton dans le nord-ouest de la Suisse ont été marqués par une vive discussion. Les orateurs ont indubitablement démontré que la lutte contre le typhus est une tâche qui appartient à tous les cantons et que l'Etat fédéral a le droit de légiférer à cet égard. Les paroles de M. de Salis, qui a déclaré que l'Etat fédéral n'a pas le droit de légiférer sur la lutte, ont été accueillies avec une vive émotion.

Il est à regretter que le peuple suisse n'ait pas été plus tôt informé de la situation et qu'il n'ait pas pu exprimer son opinion. La création d'un canton dans le nord-ouest de la Suisse est une mesure qui a de graves conséquences pour la Suisse entière. Elle est une atteinte à l'intégrité territoriale de la Suisse et à son indépendance.

Le peuple suisse a le droit de décider sur la création d'un canton dans le nord-ouest de la Suisse. Il est à regretter que le peuple suisse n'ait pas été plus tôt informé de la situation et qu'il n'ait pas pu exprimer son opinion. La création d'un canton dans le nord-ouest de la Suisse est une mesure qui a de graves conséquences pour la Suisse entière. Elle est une atteinte à l'intégrité territoriale de la Suisse et à son indépendance.

- 78.520 Interpellation Allgöwer du 5 octobre 1978
Déclarations faites à Delémont
- 78.527 Interpellation Akeret du 6 octobre 1978
Protection du Jura-Sud
- 78.781 Question ordinaire Oehen du 4 octobre 1978
Rassemblement jurassien. Appel à la lutte
- 78.787 Question ordinaire Stähli du 5 octobre 1978
Déclarations de Delémont
- 78.801 Question ordinaire Waldvogel du 6 octobre 1978
Déclarations de Delémont
-

1. Interventions parlementaires
=====

78.520 Interpellation Allgöwer

En mars 1978, lors des débats au Conseil national sur la création du canton du Jura, le porte-parole du Conseil fédéral a déclaré : "Les décisions prises lors des plébiscites ont indéniablement force obligatoire. Il y a lieu de fustiger tous ceux qui cherchent à les éluder ou à en donner une interprétation fallacieuse" (trad.).

Rassuré par ces propos et par d'autres du même genre, le peuple suisse a accepté la création du canton du Jura, plus de la moitié des électeurs s'étant toutefois abstenue de voter. Cette décision devait prétendument avoir pour effet de ramener le calme dans le Jura et être à l'origine d'un développement fécond.

Or, huit jours après que le peuple suisse s'est prononcé massivement en faveur du Jura, le secrétaire général du Rassemblement jurassien, prenant la parole devant une foule en liesse, a déclaré que cette procédure d'approbation était "superflue", voire "dangereuse" et "contraire au droit de libre disposition des peuples"; un résultat négatif du scrutin aurait eu pour conséquence "de détacher le Jura du reste de la Suisse". L'orateur a en outre annoncé le départ de la seconde étape de la lutte, dans laquelle le nouveau canton pourrait être d'un grand secours.

22.11.1978

Ces rodomontades étant en contradiction avec les assurances données par le Conseil fédéral et les partisans de la création du canton du Jura, je pose au Conseil fédéral les questions suivantes :

1. Que pense-t-il des propos très vifs qu'ont tenus les orateurs officiels, lors de la 31e Fête du peuple jurassien ?
2. Quelles mesures envisage-t-il de prendre aux fins d'empêcher le nouveau canton de poursuivre la lutte pour la réunification dans le Jura-Sud ?
3. Quelles dispositions entend-il prendre de concert avec les autorités du canton de Berne aux fins de protéger la population du Jura-Sud contre les menées subversives du Jura-Nord ?

78.527 Interpellation Akeret

Texte de l'interpellation

Les déclarations faites tout récemment par le secrétaire général du Rassemblement jurassien et d'autres responsables de ce mouvement, lors de la Fête du peuple jurassien, ont profondément choqué le peuple suisse et toutes les personnes de bonne volonté qui ont milité en faveur de la création du canton du Jura.

Aussi l'auteur de l'interpellation et ses cosignataires prient-ils le Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes :

1. Est-il disposé à rappeler au Rassemblement jurassien avec toute la fermeté voulue qu'en tant que mouvement politique le plus influent du nouveau canton, il a le devoir de ne pas troubler la paix confédérale ?
2. Que pense-t-il de l'opinion émise par M. Roland Béguelin, selon laquelle un résultat négatif du scrutin aurait eu pour conséquence de détacher le territoire du canton du Jura du reste de la Suisse ?
3. N'est-il pas également de l'avis que les déclarations relatives à la "réunification" constituent une incitation à l'émeute ?
4. De quelle manière envisage-t-il de contraindre le Jura-Nord à respecter les décisions prises démocratiquement par la population du Jura-Sud, désireuse de rester bernoise, comme il s'y était résolument engagé à plusieurs reprises lors de la campagne précédant la votation du 24 septembre dernier ? Comment compte-t-il protéger le Jura-Sud contre les pressions exercées par le Nord et les travaux de sape auxquels il entend se livrer ?

L'interpellateur et les cosignataires attendent du Conseil fédéral qu'il leur réponde sans ambages et condamne catégoriquement les déclarations du Rassemblement jurassien qui sont de nature à ébranler les fondements mêmes de notre Etat fédéral.

La demande d'interpellation est appuyée par les députés suivants :

Albrecht, Ammann-Berne, Augsburger, Basler, Baumann, Bommer, Bretscher, Fischer-Weinfeld, Freiburghaus, Früh, Hofer, Hofmann, Hungerbühler, Kaufmann, Loetscher, Matossi, Nebiker, Oester, Rätz, Reichling, Roth, Rubi, Schalcher, Schnyder, Stähli, Teuscher, Vetsch, Zwygart.

Développement

Le 1er octobre 1978, lors de la Fête du peuple jurassien, M. Roland Béguelin, secrétaire général du Rassemblement jurassien, aurait, à en croire la presse (NZZ no 268 du 2 octobre 1978), qualifié la votation populaire du 24 septembre 1978 sur la création du canton du Jura de superflue, de dangereuse et d'abusive. Selon M. Béguelin, un résultat négatif du scrutin aurait eu pour conséquence inéluctable de détacher le territoire du canton du Jura du reste de la Suisse; les Jurassiens se seraient d'ailleurs soigneusement préparés à une telle éventualité, tant au niveau de l'Assemblée constituante qu'à celui de la base militante. La lutte pour la réunification du Jura-Nord et du Jura-Sud continuerait, a assuré le secrétaire général.

C'est dans des termes aussi virulents que MM. Roger Schaffter, vice-président du Rassemblement et Alain Charpillot, secrétaire général d'Unité jurassienne, mouvement autonomiste du Jura-Sud, ont parlé de l'avenir, déclarant que la Question jurassienne entre dans sa deuxième phase et que le combat ne s'achèverait que par la réunification des deux parties du Jura. Toutefois, les orateurs n'ont pas voulu dévoiler les détails de leur plan (selon le "Bund" du 2.10.78, no 230), arguant de ce que le moment n'était pas encore venu pour le Rassemblement d'abattre ses cartes et précisant que celui-ci était actuellement occupé à revoir ses méthodes et à mettre au point son programme d'action.

Les responsables politiques dudit mouvement ont fait approuver par la foule immense assemblée ce jour-là, une résolution qui leur donnait un double mandat : d'une part, veiller à ce que la mise sur pied des rouages du canton du Jura se fasse dans le même état d'esprit que celui qui a présidé à la naissance de ce canton; d'autre part, et en un second temps, poursuivre la lutte pour la réunification des six districts francophones du Jura.

Je suis d'avis qu'il faut prendre très au sérieux les déclarations des chefs de file du Rassemblement jurassien et ne pas en minimiser la gravité. De tels propos tenus devant une foule de 70'000 personnes et en présence de l'Assemblée constituante, une semaine après

que le peuple suisse a approuvé à une écrasante majorité la création du canton du Jura, sont une véritable gifle infligée à tous ceux qui ont voté oui. Ne constituent-ils pas également un camouflet pour les citoyens qui, durant la campagne précédant le vote, ont plaidé la cause du nouveau canton, en en appelant à la bonne volonté et à la tolérance ? Ne sont-ils pas enfin un reniement des institutions fédérales sans précédent depuis la fondation de notre Confédération en 1848, puisque c'est précisément sur les droits populaires que reposent ces institutions ? Déclarer que le Jura-Nord se serait détaché du reste de la Suisse au cas où le résultat du scrutin aurait été négatif est grave. Laisser entendre que les Jurassiens - tant les membres de l'Assemblée constituante que les militants - se seraient soigneusement préparés à une telle éventualité l'est aussi. Mais, annoncer que l'on est fermement résolu à poursuivre la lutte pour la réunification du Jura-Nord et du Jura-Sud, revient à déclarer ouvertement la guerre aux citoyens du Jura-Sud qui ont préféré rester bernois. Les autonomistes n'ont pas caché leur intention d'arracher au canton de Berne les trois districts francophones, pierre par pierre, commune par commune, Moutier devant jouer à cet égard un rôle capital.

Dans ces conditions, je ne parviens pas à comprendre que le Conseil fédéral n'ait pas immédiatement condamné les déclarations faites à Delémont et rappelé avec toute la fermeté voulue aux chefs du mouvement politique le plus influent du nouvel Etat qu'ils ont le devoir de ne pas troubler la paix confédérale. Nombreux sont les citoyens suisses qui ont attendu des sept sages qu'ils agissent ainsi. Les réactions de l'homme de la rue et des organes d'information en sont la meilleure preuve. L'espoir que le calme reviendrait dans le Jura après la votation fédérale a été très vite réduit à néant; la levée de bouclier suscitée par ces déclarations dans le Jura-Sud porte à croire que les relations entre les autonomistes du Nord et les antiséparatistes du Sud seront de plus en plus tendues, et que cette tension risque de dégénérer en actes de violence.

Comme le Conseil fédéral a pris nettement parti pour la création du canton du Jura lors de la campagne qui a précédé la votation y relative et, qu'en l'occurrence, la paix confédérale, qui est le fondement même de notre système politique, est en jeu, notre gouvernement ne saurait invoquer que le Rassemblement jurassien n'est pas un interlocuteur valable mais ne représente qu'une simple association de droit privé dont les opinions n'ont guère d'importance. Il ne saurait non plus prétendre que la lutte pour la réunification sera menée par le Rassemblement et non par le gouvernement jurassien et que seul le Rassemblement, fidèle à la tactique de la guerre d'usure, exercera sans cesse sur la population du Jura-Sud des pressions politiques et psychologiques. Compte tenu de la gravité de cette situation, on ne peut laisser la population du Jura-Sud restée bernoise dans l'isolement moral et politique. Il faut au contraire lui permettre de vivre selon ses convictions et assurer le respect des décisions qu'elle a prises démocratiquement.

Un autre point me cause de l'inquiétude et je gage fort que nombre de citoyens la partagent : l'état d'esprit antidémocratique, l'intolérance et, en fin de compte, l'animosité envers la Suisse qui transparaissent dans les propos tenus par les responsables du Rassemblement. Un autre aspect n'est guère plus rassurant : la francophonie dont se réclament les principaux chefs de file du séparatisme ("le Jura est francophone avant d'être suisse", "le Jura avait tout à perdre à être rattaché à la Suisse", etc.) qui ont manifestement pour objectif de séparer l'ensemble du Jura non seulement du canton de Berne, mais encore de la Suisse, ou s'imaginent pouvoir créer un Etat libre au coeur de l'Europe centrale.

Le peuple suisse attend du Conseil fédéral qu'il use de son autorité et s'oppose aux éléments extrémistes qui agissent dans le Jura, qu'il apporte son soutien aux citoyens qui, dans le Jura, exercent une action constructive, enfin exige du Rassemblement jurassien qu'il cesse de semer l'agitation dans le Jura-Sud.

78.781 Question ordinaire Oehen

A la fin de la semaine dernière, comme on pouvait s'y attendre, les responsables du mouvement séparatiste jurassien ont ouvert la lutte pour la "libération" du Jura bernois. Les propos menaçants qu'ils ont tenus, les mensonges manifestes qu'ils ont proférés, déformant la réalité historique à leur avantage, portent à croire que le Rassemblement jurassien (RJ) entend poursuivre le combat avec les mêmes méthodes que celles qui ont prévalu de 1962 à 1978, à savoir l'intimidation et l'oppression de ceux qui ne partagent pas ses vues, méthodes qui procèdent beaucoup plus de la violence que de la démocratie. Les réactions de peur manifestées par nombre d'habitants du Jura bernois sont donc bien compréhensibles.

Ces faits m'amènent à poser au Conseil fédéral les questions suivantes :

1. Les déclarations faites par MM. Béguelin, Charpiloz et Schaffter ne tombent-elles pas sous le coup de l'article 258 du code pénal (CP) ?
2. Les appels à la lutte contre le canton de Berne, appels lancés avec haine et en termes très vifs, ne constituent-ils pas des délits au sens de l'article 265 CP ? Dans l'affirmative, comment entend-il les réprimer ?
3. En incitant une fois de plus la population jurassienne, lors de la soit-disante 5e Fête de la libération, à faire fi de notre régime démocratique, les responsables du RJ n'ont-ils pas porté atteinte à l'ordre constitutionnel, délit retenu à l'article 275 CP ? Dans l'affirmative, comment envisage-t-il de leur demander compte de leurs actes ?

4. Le RJ ne doit-il pas être considéré comme un groupement illicite au sens de l'article 275ter CP et, partant, interdit, d'autant que l'idéologie qui anime ce mouvement est manifestement orientée contre la conception suisse de l'Etat ?

78.787 Question ordinaire Stähli

Lors des débats au Conseil des Etats, puis au Conseil national, à propos de la garantie fédérale accordée par les Chambres à la constitution de la République et Canton du Jura et à propos de la modification des articles 1 et 80 de la constitution fédérale, des assurances formelles ont été données au canton de Berne comme à la population du Jura bernois concernant le respect des décisions plébiscitaires de 1974 et 1975 et du libre choix du corps électoral des districts de Courtelary, Moutier et La Neuveville.

De pareilles assurances ont été prodiguées ces derniers mois, en particulier au cours de la campagne d'information pour la votation fédérale du 24 septembre, par les représentants des plus hautes autorités du pays et des principaux partis politiques suisses.

Cependant, comme on pouvait le craindre, malgré l'optimisme et la confiance des autorités et d'une partie du peuple suisses, des déclarations inadmissibles et provocatrices, aux plus graves conséquences, ont été faites le dimanche 1er octobre à Delémont, à l'occasion de la Fête du peuple, par des constituants et d'autres dirigeants du RJ, cela en présence et sous les applaudissements de la majorité des constituants et des futurs responsables politiques du nouveau canton.

Considérant les dispositions de l'article 5 de la constitution fédérale, les termes et l'esprit de la convention tripartite de septembre 1977 signée par les représentants du Conseil fédéral, du Conseil-exécutif du canton de Berne et du Bureau de la Constituante, considérant aussi les déclarations solennelles et engageantes faites devant le Conseil des Etats et le Conseil national concernant l'après 24 septembre, tant par le représentant du Conseil fédéral que par les rapporteurs des commissions et les porte-parole des partis, je me permets de poser les questions suivantes :

1. Lorsque le vice-président de la Constituante, secrétaire général du Rassemblement jurassien, prétend que les modalités de l'aditif constitutionnel garanti par les Chambres étaient "une jonglerie" qui "se moquait de la raison comme de la justice" et qu'il faudra bien remettre l'ouvrage sur le métier et déterminer, pour le Jura méridional, des conditions de choix et de vote qui ne soient un "diktat ni du canton de Berne, ni de la majorité alémanique de la Suisse", puis lorsqu'il parle des "districts demeurés sous la tutelle bernoise", respecte-t-il l'esprit et les engagements de la convention tripartite de septembre 1977 ?

2. Lorsque cette même personne déclare que les séparatistes avaient décidé qu'un canton du Jura à territoire limité serait "une première étape vers leur but : la libération des six districts de langue française", n'est-elle pas en contradiction avec les engagements de la convention déjà citée et ses propos ne constituent-ils pas un programme politique contraire aux dispositions de l'article 5 de la constitution fédérale ?
3. Quand ce même secrétaire général du RJ et vice-président de la Constituante dit, une semaine après la proclamation des résultats du "vote historique", qu'il considère ce même vote "comme superflu et contraire au droit de libre disposition", ne se moque-t-il pas de ceux qui ont fait campagne pour une issue positive le 24 septembre et qui ont "fait confiance aux constituants et responsables du nouveau canton" ?
4. L'interprétation tendancieuse du vote fédéral par des constituants, l'affirmation que l'additif constitutionnel bernois contenait "des truquages", l'avertissement, par le président du Rassemblement, que la lutte pour rétablir "l'unité" se fera et l'annonce, par le président d'Unité jurassienne, fédération du Rassemblement, que "la deuxième étape sera pour le canton de Berne un calvaire qu'il ne tiendra qu'à lui d'abréger ou de prolonger" sont-ils "en harmonie avec l'esprit confédéral", avec les déclarations faites devant les Chambres et lors de la campagne d'information ? Et, si ce n'est pas le cas, ne doivent-ils pas être l'objet d'une nette, ferme et définitive condamnation ?
5. Le "programme politique" concernant "la réunification", les men songes, insultes et menaces proférés lors de la conférence de presse et de la Fête du peuple, par différents orateurs, domiciliés dans le Nord ou dans le Sud, tous membres dirigeants d'une organisation dont le siège est à Delémont, dont le vice-président central est président de la Constituante, certainement futur membre du premier Gouvernement du nouveau canton, et dont le secrétaire général est vice-président de cette même Constituante, tout cela ne constitue-t-il pas des violations caractérisées de la convention tripartite et déjà des ingérences inadmissibles ?
6. Que pense faire le Conseil fédéral pour rassurer la population des districts de Courtelary, Moutier et La Neuveville, pour maintenir la paix et pour qu'il soit sûr, aux yeux de tous, que le choix et la volonté des Jurassiens bernois, exprimés de la même façon à plusieurs reprises, seront respectés et garantis, maintenant comme à l'avenir ?

78.801 Question ordinaire Waldvogel

Lors de la Fête du peuple jurassien qui a eu lieu le 30 septembre et le 1er octobre 1978, soit une semaine après le scrutin fédéral sur la création du canton du Jura, des dirigeants du "Rassemblement jurassien", mouvement qui se veut être la force vive du nouveau canton également, ont fait part - notamment au cours d'une conférence de presse - du programme d'action qu'ils se sont fixé. La mise à exécution de ces projets, si elle venait à être tentée avec l'appui des autorités du nouveau canton, constituerait indubitablement une violation du droit fédéral et serait un défi lancé à la Confédération qui, conformément à la constitution, a le devoir de garantir aux cantons leur territoire. Sans vouloir mettre en cause la liberté d'opinion et d'action politique dont jouit également le "Rassemblement jurassien", on ne peut cependant s'empêcher de constater que l'opinion publique suisse ressent, en ce moment, les déclarations susmentionnées, comme une provocation non seulement du Jura-Sud, de sa population et du canton de Berne dans ses nouvelles frontières, mais encore de la Confédération. Dans ce climat politico-psychologique particulier, une sorte de rappel à l'ordre lancé par la Confédération, serait très apprécié par nombre de citoyens. Le Conseil fédéral ne l'a-t-il pas fait jusqu'à présent aux fins de ménager les "éléments raisonnables" du canton du Jura et les personnes qui sont résolues avant toute autre chose à mettre en place les structures politiques et administratives du nouvel Etat ? Etant donné le climat politique particulier dans lequel se déroule cette phase d'édification, un tel rappel à l'ordre n'aurait-il pas précisément servi d'encouragement à ces personnes ? Ou bien, le Conseil fédéral se réserve-t-il de le lancer, pour le cas où le "Rassemblement jurassien", conformément aux intentions qu'il a exprimées lors de la Fête du peuple jurassien, perturberait sans discontinuer les travaux susmentionnés et compromettrait, du moins aux yeux de l'opinion publique suisse, l'édification du nouvel Etat ?

2. Réponse du Conseil fédéral

=====

Les déclarations faites par des chefs du mouvement séparatiste lors de la 31e Fête du peuple jurassien n'ont pas seulement été suivies partout avec attention; elles ont aussi déclenché, dans l'ensemble du pays, une vague de déception, voire d'indignation. Le choc qu'elles ont provoqué a été d'autant plus brutal qu'une semaine auparavant le peuple et les cantons avaient approuvé à une écrasante majorité la création du canton du Jura, témoignant ainsi de manière éclatante de leur attachement au fédéralisme suisse. Ces déclarations ont donné lieu en particulier aux cinq interventions parlementaires suivantes : interpellations des conseillers nationaux Allgöwer et Akeret et questions ordinaires des conseillers nationaux Oehen, Stähli et Waldvogel. Comme ces interventions parlementaires portent sur le même objet, il nous est apparu judicieux d'y répondre globalement. Au surplus, le président de la délégation du Conseil fédéral pour la question jurassienne a donné son avis sur ces déclarations lors de la Conférence de presse qui a suivi la réunion du 19 octobre entre le président de la délégation du Conseil-exécutif bernois et le président de l'Assemblée constituante. A cette occasion, il n'a pas manqué de souligner que le Conseil fédéral ne saurait tolérer l'équivoque pas plus que la duplicité.

1. La votation du 24 septembre 1978 a été qualifiée à juste titre d'événement faisant date dans l'histoire de notre Etat fédéral, fondé il y a 130 ans. En effet, pour la première fois depuis 1848, le peuple et les cantons ont pu accueillir un nouvel Etat-membre : le canton du Jura.

En approuvant la création de ce canton, le souverain fédéral a achevé l'oeuvre entreprise en 1970 par l'Etat de Berne avec perspicacité et générosité. Durant nombre d'années, des éléments animés des meilleures intentions ont uni leurs efforts pour tenter de ramener la paix dans le Jura. Malgré les échecs et les désillusions, ils ont inlassablement progressé vers ce but qui, relevons-le, a toujours été celui de la politique du Conseil fédéral, en ce qui concerne la question jurassienne.

2. La procédure engagée en 1970 dans le canton de Berne, qui s'est poursuivie en 1974 et 1975 dans les districts et les communes jurassiens et s'est achevée par le vote fédéral de septembre 1978, s'est déroulée dans toutes ses phases en pleine conformité avec le droit fédéral et le droit international public. Le Conseil fédéral a déjà eu maintes fois l'occasion d'exposer devant les Chambres fédérales cette situation juridique parfaitement claire. Il le fait à nouveau aujourd'hui puisque, lors de la dernière Fête du peuple jurassien, la procédure qui a régi la formation du nouveau canton a de nouveau été contestée. Les arguments très connus qui ont été avancés en l'occurrence sont juridiquement indéfendables, voire totalement erronés. On peut évidemment en dire autant des allusions relatives

à la création d'un Etat libre. Le Conseil fédéral est conscient du fait qu'il n'est guère possible d'amener les chefs séparatistes intéressés à se détourner de leur erreur juridique. Il est néanmoins convaincu que la propagation permanente d'idées aussi erronées, loin de contribuer à résoudre des problèmes politiques, ne fait que les aggraver. Aucun citoyen conscient de ses responsabilités ne saurait se féliciter d'un tel résultat.

3. Les mêmes remarques s'appliquent à la portée juridique de l'acte final de la procédure d'autodétermination, à savoir le scrutin du 24 septembre 1978. Aussi bien lors de la procédure de garantie que durant les travaux relatifs à la révision de la constitution fédérale, le Conseil fédéral n'a jamais laissé planer aucun doute sur le fait que la séparation ou la fusion de cantons ne saurait relever des seuls cantons, mais intéresse aussi l'Etat fédéral tout entier. Aussi n'a-t-il cessé d'affirmer que la procédure de séparation prévue dans l'additif constitutionnel bernois de 1970 aboutirait nécessairement à une décision du peuple et des cantons, décision qui ne serait pas seulement assimilable à une pure formalité, mais aurait un caractère constitutif et décisif. En d'autres termes, sans le oui du peuple et des cantons, un nouveau canton ne pourrait prendre naissance.

Le 24 septembre, le peuple et les cantons ont prononcé ce oui indispensable avec netteté. Aussi, dans la mesure où des responsables séparatistes entendent minimiser et méconnaître la portée de ce oui, peut-on encore à la rigueur les mettre au bénéfice d'une erreur juridique. En revanche, lorsqu'ils se méprennent sur le sens de ce oui et en déduisent que le souverain a approuvé la réunification du Jura-Sud et du Jura-Nord, ils ne sauraient agir qu'en pleine connaissance de cause. Politiquement, une telle attitude est à la fois répréhensible et irresponsable.

4. L'adoption de l'additif constitutionnel bernois de 1970 a permis d'engager une procédure démocratique qui prévoyait non seulement la création d'un nouveau canton mais en délimitait aussi le territoire à la faveur de scrutins successifs. Ainsi, les citoyens bernois et jurassiens se sont accommodés d'un éventuel éclatement du Jura. Cette partition s'est produite : trois districts et huit communes limitrophes ont en effet décidé de former un nouveau canton alors que trois autres districts et deux communes également limitrophes ont décidé de rester bernois.

Ni les séparatistes, ni les antiséparatistes ne sont sortis vainqueurs de cette procédure. Les uns et les autres doivent se contenter d'un succès partiel. Ils doivent néanmoins respecter la décision prise par le souverain fédéral et, partant, les nouvelles frontières cantonales. Les règles de notre démocratie le leur imposent.

Le respect des décisions démocratiques n'exclut, bien entendu, pas la liberté de réunion ni la liberté d'opinion, qui constituent

toutes deux des droits fondamentaux constitutionnels non-écrits. La constitution garantit aux minorités politiques du Jura, tant dans le Sud que dans le Nord, les mêmes droits qu'aux majorités. Mais la liberté n'est pas sans bornes. La liberté de chacun s'arrête là où commence celle des autres. Lorsque les limites établies par l'ordre juridique sont transgressées, qu'on tente en particulier d'imposer des exigences d'ordre politique par la violence physique ou verbale, l'Etat doit intervenir. Dans notre démocratie, le citoyen dispose de suffisamment de moyens légaux pour faire valoir ses idées. La violence, quelle qu'elle soit, n'est pas de mise dans notre pays. Le Conseil fédéral n'hésiterait pas, comme il l'a déclaré à plusieurs reprises, à faire usage de ses prérogatives constitutionnelles si cela se révélait nécessaire.

5. Le Conseil fédéral doit également rappeler qu'en vertu de notre droit public le maintien de l'ordre et de la tranquillité est, au premier chef, du ressort des cantons. Ce n'est que lorsqu'un canton n'est plus en mesure d'assumer cette tâche que la Confédération intervient à sa place : la Confédération doit alors maintenir l'ordre public menacé ou le rétablir s'il a été perturbé (cf. art. 16 de la constitution fédérale).

En ce qui concerne la poursuite et le jugement d'infractions, les compétences sont partagées entre la Confédération et les cantons. Lorsque des délits ont été commis dans le Jura, les autorités fédérales sont toujours intervenues dans la mesure où elles étaient compétentes (par exemple, lors de délits commis avec des explosifs). En revanche, le Conseil fédéral n'a pas à se prononcer sur les infractions qui relèvent de la juridiction pénale cantonale. Il s'agit notamment en l'occurrence des délits mentionnés dans la question ordinaire Oehen et tombant sous le coup des articles 258, 265, 275 et 275ter du code pénal. Tandis que les délits réprimés en vertu de l'article 258 relèvent toujours de la juridiction cantonale, les autres ne ressortissent à la compétence de la juridiction fédérale, que lorsqu'ils portent atteinte à la Confédération.

6. Depuis la validation des résultats de la votation populaire fédérale du 24 septembre 1978, c'est-à-dire depuis le 25 octobre 1978, le Jura est un canton au sens du droit fédéral. A ce titre, il exerce sa souveraineté, il est vrai, de manière temporairement limitée, à savoir dans la mesure où cela lui est nécessaire pour mettre en place un appareil étatique capable de fonctionner et se séparer régulièrement du canton de Berne. Cette étape achevée, le canton du Jura exercera pleinement sa souveraineté à égalité de droits et d'obligations avec les autres cantons.

Durant la période transitoire, l'Assemblée constituante jurassienne et son Bureau, faisant office de parlement et gouvernements provisoires, expédient les affaires de l'Etat. Ils seront remplacés par un gouvernement et un parlement ordinaires,

dès que ceux-ci auront été élus par le peuple et se seront constitués. Le Conseil fédéral est persuadé que les organes du nouveau canton feront tout ce que les règles de la démocratie, la bonne entente entre Etats confédérés, la fidélité et la paix confédérales leur demandent et qu'ils ne négligeront rien pour garder et affermir la confiance que le peuple et les cantons ont témoignée de manière aussi spontanée au nouvel Etat.

Medische Dienstleistungen (*-Geschäft)
11.10. Interpellation der Fraktion Partei der Arbeit und der autonomen sozialistischen Partei.
Barfussler-Haftpflichtversicherung, Fräsienerhöhung

Justiz- und Polizeidepartement. Antrag vom 13. November 1978

Abgeordnet des Kantonsrat

S c h l u s s

Die Antwort auf die Interpellation der Fraktion Partei der Arbeit und der autonomen sozialistischen Partei wird genehmigt (siehe Anlagen).

Protokollführung an:

- 373 - 4 zum Vollzug
- 81 - 5 (Gg, Dr, SS, RI, AP) zur Kenntnis

Für getreuen Inhalt
der Protokollführung:
Sturzel